



AMTSBLATT Womit Sie in dieser Woche im Regierungsviertel rechnen müssen

Am Samstag ruft der BUND zur Demonstration „Schützt das Klima“ auf. Beginn 9.15 Uhr am Pariser Platz +++ Um 14 Uhr startet an der Frankfurter Allee der „Silvio-Meier-Gedenkmarsch“, die Polizei rechnet mit 4000 Teilnehmern.

TERMIN DER WOCHE

15 Jahre lang hat der Bundespresseball im Intercontinental getanzt, nun wagt der Ball ein Experiment: Am Freitag wird in den ehemaligen Hangars des Flughafens Tempelhof getanzt. Wieder mit dabei: Bundespräsident Joachim Gauck und Daniela Schadt.



Ein SATZ

Der Tagesspiegel fragt – und Korrespondenten antworten

Beschädigt?

Jean-Claude Juncker ist wegen undurchsichtiger Steuerdeals in seiner Zeit als Luxemburger Regierungschef unter Druck geraten. Wie beschädigt ist der neue EU-Kommissionspräsident?



„Juncker wird diesen Makel kaum mehr loswerden. Allerdings: Weil kein wichtiger EU-Regierungschef ihm mangels Alternativen loswerden will, wird er bleiben – und hoffentlich wegen der Erfahrung der letzten Woche nun besonders auf faire EU-Steuerregeln drängen.“

Donata Riedel Handelsblatt



„Wer für die finanzielle Spaltung Europas steht, dürfte es schwer haben, die EU politisch zusammenzuhalten.“

Marc Brost Die Zeit



„Als EU-Kommissionschef muss Juncker jetzt gegen sein eigenes politisches (Vor-)Leben antreten. Mal sehen, wer gewinnt.“

Nikolaus Blome Der Spiegel



„Es sieht nicht gut aus für Juncker. Ob er Kommissionspräsident bleiben soll, muss sich bald erweisen.“

Anja Maier TAZ – die Tageszeitung



„Juncker wird zu kämpfen und weiter zu erklären haben. Er wird durchkommen – und das ist auch gut so.“

Günter Bannas Frankfurter Allgemeine Zeitung



„Es war bekannt, dass er Luxemburger ist, also wenn wundert das? Wichtig ist, dass die EU endlich insgesamt mit den Steuerspielen Schluss macht.“

Werner Kolthoff Saarbrücker Zeitung

VON ANTIJE SIRLESCHTOW

Andreas Geiger ist wahrscheinlich einer der wenigen Lobbyisten in Berlin, die von sich behaupten können, nicht nur in der deutschen Hauptstadt, sondern auch in Brüssel über beste Kontakte zur Politik zu verfügen. Hier wie dort betreibt Geiger mit seinem Partner eine Anwaltskanzlei, die keinen Hehl daraus macht, die Interessen ihrer Mandantengegenüber Regierungen und Parlamenten zu vertreten. Geiger ist schlicht ein Lobbyist. Was konkret er tut, wen er vertritt und vor allem, wer ihn dafür bezahlt, kann jeder online im Brüsseler „transparencyregister“ nachlesen. Dort steht unter anderem, dass Geiger voriges Jahr das deutsche Unternehmen Gauselmann vertreten hat, als um die Neuregelung der Plastikverordnungen ging, und dass ihm das süddeutsche Unternehmen dafür mehr als 200 000 Euro bezahlt hat.

In wessen Auftrag Geiger jedoch im Bundestag und in der Bundesregierung lobbyiert, weiß niemand. Nirgendwo taucht „Alber & Geiger“ in öffentlichen Registern auf. Kein Mensch weiß, wessen Interessen er vertritt. Denn ein Transparenzregister, wie eines in Washington seit Jahrzehnten, in Brüssel auch schon seit längerem und neuerdings sogar in einzelnen deutschen Bundesländern gibt, existiert in der deutschen Hauptstadt noch immer nicht.

Das könnte sich nun ändern. Denn ausgerechnet im Kreis der Lobbyisten selbst läuft seit Monaten eine Debatte darüber, wie der Ruf der Interessensvertreter in der Öffentlichkeit verbessert werden kann. Und die Einführung eines Lobbyregisters steht dabei im Zentrum. Berater, Verbände, Anwälte und Unternehmen, sagt der Kommunikationswissenschaftler Günter Bentele, „haben ein wachsendes Interesse an Legitimität“. Sie wollen raus aus der Korruptionsecke, in die sie immer wieder hineingeraten, wenn in den Medien über Hinterzimmerklängeleien oder allzu enge Verbindungen zwischen Politikern und Unternehmern diskutiert wird. Bentele steht seit Jahren dem Deutschen Rat für Public Relations (DRPR), einer Art Ethikkommission, vor, in der Kommunikationsagenturen, Politikberater und Pressesprecher über selbst gewählte Regeln von politischer Kommunikation wachen. Erst vor einigen Tagen haben sich die Kommissionsmitglieder vorgenommen, ihren Verhaltenskodex 2015 komplett zu überarbeiten. Und im Zentrum steht: die Einführung eines Lobbyregisters. Und auch Hildegard Müller, einst engste Vertraute der CDU-Kanzlerin Angela Merkel und heute Cheflobbyistin der Energie- und Wasserbranche, sagt ganz offen, Transparenz sei bei einer guten und modernen Lobbyarbeit „das Entscheidende“, und „ein verpflichtendes Lobbyregister“ könne dafür „wichtige Beiträge leisten“.

Ausgerechnet bei denen, die eigentlich das vitalste Interesse daran haben müssten, dass ihre Arbeit nicht im Zwielficht steht, den Politikern also, ist die Bereitschaft, sich zu einer weitreichenden Diskussion über mehr Transparenz und gesetzlichen Regelungen zu bekennen, jedoch gering. Zwar hatte der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel im vergangenen Jahr – im Bundestagswahlkampf – noch

Die im Dunkeln sieht man nicht

Viele Lobbyisten wollen nicht mehr im Verborgenen arbeiten – und fordern nun selbst ein Lobbyregister



lautstark verkündet, die SPD werde „ein sehr klares Programm gegen das Lobbywesen in der Politik formulieren“ und ein verpflichtendes Lobbyregister einführen. Im Koalitionsvertrag mit CDU und CSU stand darüber allerdings kein Wort mehr, und in der SPD wird seit der Regierungsübernahme auch nicht mehr ernsthaft gesprochen. Ganz zu schweigen von der Union. „Wir haben im Bundestag ein Lobbyregister, das praktikabel ist“, sagt der parlamentarische Geschäftsführer der Unionsfraktion, Bernhard Kaster, über die Auflistung von einigen tausend Verbänden, die man auf der Internetseite des Bundestags lesen kann, und fügt an: „Die Einrichtung eines Lobbyregisters steht nicht auf der Tagesordnung des Bundestags“. Er sagt lediglich, man sei „immer offen“, darüber zu sprechen.

Der Politikberater Dominik Meier, Chef des Branchenverbands Degepol, will genau das jetzt tun und eine Debatte darüber führen, welche Informationen Interessensvertreter in einem solchen Register veröffentlichen müssen. Im Detail nämlich zeigen die bereits existierenden Vorbilder, etwa in Brüssel, wie viele Probleme es da gibt. So muss in Brüssel jeder, der mitreden will, nicht nur Eckdaten und Namen seines Unternehmens und der Auftraggeber offenbaren, sondern auch die Geldbeträge, die dafür fließen. Bei Beratungsgesellschaften muss das noch machbar sein. Welche Summen aber selbst Unternehmen wie Daimler oder Metro dort eintragen? Gehört das Gehalt der Vorstandsassistentin, die im Auftrag ihres Chefs Briefe an Abgeordnete schreibt, auch dazu? Und was ist mit Anwaltskanzleien, die ihre Auftraggeber und Honorare aus Gründen des Mandatenschutzes überhaupt nicht offenlegen

AGENDA

IMMER WÖCHENTLICH Die nächste Ausgabe erscheint am kommenden Dienstag

müssen? Für Organisationen wie Lobbycontrol oder Transparency International wären solche Angaben essenziell, damit jeder sich darüber informieren kann, wer mit welchem Finanzesatz an Gesetzen mitgearbeitet hat.

Im Herzen Berlins, wo sich mittlerweile an jeder Ecke Interessensvertreter finden – von Unternehmensbüros über Wirtschaftsverbände bis hin zu Waldschützern und Verbänden für Alleinerziehende und Rentner –, gehen darüber die Meinungen erwartungsgemäß auseinander. Nur darüber, dass die Debatte über das Register im Bundestag geführt werden muss, scheint weitestgehend Einigkeit zu bestehen. Und Lobby-Rats-Vorsitzender Bentele sagt: „Gerade eine große Koalition hat die Kraft, so eine Debatte anzustoßen.“ Schließlich lebe die Demokratie von der Beteiligung unterschiedlicher Interessen, seien es die von Gewerkschaften und Sozialverbänden oder die von Unternehmen. Allerdings müssten für diese Beteiligungsprozesse klare Regeln gelten. „Vertrauen in Demokratie braucht Transparenz“.

Seit der Bundestagswahl hat sich der SPD-Abgeordnete Marco Bilow manchmal wie ein Störenfried in den eigenen Reihen gefühlt, wenn er über das Lobbyregister sprach. Trotzdem will er nicht aufgeben. Die Einführung des Registers sei schließlich Beschlusslage seiner Partei, sagt er. Und nächstes Jahr will er das Thema wieder auf der Tagesordnung haben. Ein paar neue Verbände in der Branche scheint er gefunden zu haben.

Frau Voßhoff, ganz still

Die Kritik an der obersten Datenschutzlerin wächst

Am 1. Dezember kommt Andrea Voßhoff nach Berlin, um unabhängig zu werden. Die Bundesdatenschutzbeauftragte wird im Innenausschuss gehört. Es geht um den „Gesetzesentwurf“ der Bundesregierung, der Voßhoff zur Leiterin einer eigenen obersten Bundesbehörde machen wird. Bisher ist sie dem Innenministerium unterstellt. In Zukunft wird Andrea Voßhoff über mehr politischen Spielraum verfügen als jeder ihrer Vorgänger. Aber wird sie ihn auch nutzen?

Die Mitglieder im Innenausschuss kennen Voßhoff. Bis 2013 war die CDU-Politikerin selbst Mitglied des Bundestags und rechtspolitische Sprecherin der Union. Der breiteren Öffentlichkeit allerdings muss man immer noch erklären, wer sie ist. Auch heute, fast ein Jahr nach ihrer Wahl, ist die Stelle weicher besetzt ist, lässt man ein bisschen Leine“, sagt er.

„Weicher besetzt“ ist eine der schmeichelehafteren Formulierungen, hört man sich in der Datenschutzzene nach der politischen Schlagkraft von Andrea Voßhoff um. „Blass“ und „unsichtbar“ sei sie, heißt es aus Verbraucherschutzverbänden und Lobbygruppen. Ein Fachpolitiker der Koalition sagt: „Die Frau ist eine Katastrophe für den Datenschutz“.

Anders als ihr Vorgänger, Peter Schaar, der stets auf allen Kanälen funkte, betreibt Andrea Voßhoff wenig Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Schaar hält seinen Weg nach wie vor für richtig: Die Information der Öffentlichkeit gehöre zu den gesetzlichen Aufgaben, erklärt er auf Anfrage. Gleichzeitig seien die formellen Durchgriffsmöglichkeiten insgesamt gering. Da bleibt einem ja oft gar nichts anderes übrig, als auch andere Wege zu gehen. Wir leben eben in einer Mediengesellschaft.“

Interviews mit Andrea Voßhoff sind selten. Der Tagesspiegel bemüht sich seit Anfang September um einen Termin, der nun Anfang Dezember zustande kommen soll. Ein Treffen in Bonn wäre früher möglich gewesen. Andrea Voßhoff will den Dienstsitz am Rhein stärken, das ist ihr wichtig.

Wegen ihrer geringen Öffentlichkeit und ihrer Parteiloseigkeit wurde Voßhoff immer wieder unterstellt, eine Marionette der Regierung zu sein. Dass sie das nicht ist, hat die Politikerin allerdings mehrfach bewiesen. Im Juli etwa äußerte sie sich sehr kritisch über die Pläne der Bundesregierung zur Änderung der Antiterrordatei. Spricht man mit Datenschützern, die sie kennen, ergibt sich tatsächlich eher das Bild einer umsichtigen Arbeiterin an der Sache, die sich erst umfassend fachlich absichert, bevor sie sich öffentlich äußert. Aus Kreisen der Landesdatenschutzbeauftragten heißt es, der Kontakt sei eng, man könne gut mit ihr reden. „Doch wenn es dazu kommt, eine Haltung einzunehmen, wird es schwierig.“

Viele in der Szene hoffen bis vor kurzem, dass Voßhoff ihren eigenen Weg gehen und über ihre politischen Kontakte aus ihrer Zeit als Abgeordnete wirken würde. Das Mautgesetz allerdings ließ diese Hoffnung bei vielen schwinden. Der Entwurf von Alexander Dobrindt (CSU) sieht eine Speicherpraxis vor, die Datenschützer für äußerst heikel halten.

Tatsächlich schloss sich auch Voßhoff einer Protestnote der Landesdatenschutzbeauftragten an – nach zähen Verhandlungen. Das Ministerium aber zog sie offenbar erst hinzu, als es musste: in der Resortabstimmung. So landete der Entwurf erst dann auf dem Schreibtisch der Datenschutzbeauftragten, als er auch im Internet geleakt wurde. ANNA SAUERBERN



Voßhoff

Political Animal

Lob der Selbstbeschränkung

„Alte Denker, neu verstanden“, Folge I: Bismarck

nen, sei es den tatsächlichen und praktischen der siegestrunkenen und säbelraselnden Generale. Eine Vergrößerung Deutschlands über seine gegenwärtigen Grenzen hinaus, sowie das Erniedrigen und Verstümmeln des besiegten und daher stets auf Revanche sinnenden Gegners hält er, eines wie das andere für das größte Unglück, das Deutschland hätte treffen können. Er baut fest auf den Bestand seines Werkes, doch wenn es ernstlich zu gefährden imstande wäre, so ist es gewiss jene Politik, die sich durch das Geschrei einiger Fanatiker

nach „Ausdehnung so weit die deutsche Zunge klingt“ würde ins Schlepptau nehmen lassen. Zum Glück verstummten auch diese jetzt mehr und mehr. Was hatte er nicht für eine Not mit dem ungestümen Drängen sowohl in Nikolsburg 1866 als in Versailles 1871. Sein Genius leitete ihn, den weitschauenden Blick nach jedem seiner großen Erfolge stets viel mehr auf das Erhalten als auf das augenblickliche Erwerben zu richten und in jedem besiegten Gegner schon im vornhinein einen künftigen Alliierten, teils seinen friedlichen, nicht not-

wendig auf Vergeltung sinnenden Nachbar zu sehen. So im Kriege wie in der Politik. Wenn es nach ihm gegangen wäre, so hätten wir Frankreich nicht allein Metz samt Lothringen, sondern auch das Elsass besessen.“

So weit zitiert aus Corti, Alexander von Battenberg, Wien 1920. Quellen nachweis in „Der Kanzler – Otto von Bismarck in seinen Briefen, Reden und Erinnerungen, sowie in Beichten und Anekdoten seiner Zeit“. Und was lehrt uns das heute? Keiner muss 6000 Seiten Bismarck-Biografien lesen, um zu verstehen, dass der Staatsmann sich zeigt in Zurückhaltung, Selbstbeschränkung, Augenmaß und Entgegenkommen; eine Position der Stärke kann durchaus im Sich-nicht-größer-Machen bestehen. Und wenn der Fürst Bismarck annähernd dazu in der Lage war... Dann wünscht man es auch anderen. STEPHAN-ANDREAS CASDORFF